

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich ... Ks 16.—
vierteljährlich .. „ 48.—
halbjährlich „ 86.—
jährlich „ 162.—

Zustellung von Monu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Geschieht mit Ausnahme
des Monats täglich 1 Ks.

Krisenunterstützung bis Ende Juni verlängert.

Mit Kundmachung vom 29. Dezember 1930, Zahl 23.200/III/E/1930 verlautbarte der Minister für soziale Fürsorge im Einvernehmen mit dem Finanzminister, dem Minister für Handel, Industrie und Gewerbe und dem Landwirtschaftsminister mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1931 den Eintritt der Bedingungen für die Anwendung der Bestimmungen des Art. III des Gesetzes Sammlg. Nr. 74/1930 für die Erzeugungsgegenstände der Textil-, Glas-, Metall-, Leder-, Berg-, Holz- und Buchdruckindustrie.

Die Gültigkeit dieser ursprünglich bis 31. März 1931 bestimmten Kundmachung wurde jedoch wiederum um einen Monat, d. i. bis 30. Juni 1931 verlängert.

Brächtiger Wahlerfolg in Westböhmen.

Die Partei gewinnt in Epenhor ein Mandat und damit die absolute Mehrheit. — Gegenüber den Parlamentswahlen 53 Stimmen gewonnen.

Am Sonntag fanden im Ort Epenhor bei Karlsbad die Gemeindevahlen statt. Die bürgerlichen Parteien, die bei der letzten Gemeindevahl in einer Wahlgemeinschaft zusammengeschlossen waren, rückten diesmal in drei Fronten gegen die Sozialdemokratie vor, um sie ganz sicher zurückzudrängen. Aber alle Anstrengungen wurden zunichte. Die sozialdemokratische Partei kann einen bedeutenden Stimmengewinn buchen, der ihr ein weiteres Mandat und damit die absolute Mehrheit in der Gemeindevvertretung bringt. Das Wahlergebnis sieht so aus:

Sozialdemokraten	330 St., 8 W.,	früher 7 W.
Bund der Landwirte	185 „ 3 „	5 „
Gewerkepartei	92 „ 2 „	3 „
Nationalsozialisten	73 „ 2 „	0 „

Bei der Gemeindevahl im Jahre 1927 erhielt die Sozialdemokratie 244 Stimmen, die bürgerliche Wahlgemeinschaft 277; bei der Wahl in das Abgeordnetenhaus im Oktober 1929 trug die sozialdemokratische Stimmzahl auf 277. Das Wahlergebnis zeigt deutlich, daß die Arbeiterschaft treu zur Sozialdemokratie steht und diese ihre Position von einer Wahl zur andern ausbaut und festigt. Den Nationalsozialisten, die ihre Wähler von den bürgerlichen Parteien holten, fiel übrigens das zweite Mandat als Restmandat zu.

Gemeindevahl in Ofel.

Sonntag, den 31. Mai, wurde die Stadtvertretung von Ofel neu gewählt. Das Ergebnis dieser Wahl ist folgendes: Von den 3247 abgegebenen gültigen Stimmen erhielten: Deutsche Sozialdemokraten 320 Stimmen, 3 Mandate; deutsche Nationalsozialisten 976 St., 11 W.; Christlichsoziale 249 St., 3 W.; Gewerkepartei 280 St., 3 W.; Kommunisten 348 St., 4 W.; tschechische Nationalsozialisten 786 St., 9 W.; tschechische Nationaldemokraten 288 St., 3 W. Es gewinnen: die tschechischen Nationalsozialisten ein Mandat, die deutschen Nationalsozialisten 1 Mandat, tschechische Nationaldemokraten 1 Mandat. Es verlieren: die deutschen Sozialdemokraten, die Kommunisten je ein Mandat und die Christlichsozialen und Gewerkepartei, die 1927 mitkommen gefehlt hatten, auch ein Mandat.

Unsere Partei hat gegenüber der letzten Gemeindevahl 31, gegenüber der Parlamentswahl 71 Stimmen verloren. Die Kommunisten haben gegenüber der letzten Gemeindevahl mehr als hundert Stimmen verloren. In der Gemeinde Ofel spielen die nationalen Gegensätze eine starke Rolle. Das zeigt schon die Zusammensetzung der Stadtvertretung. Man kann aber dieses Wahlergebnis nicht restlos daraus erklären, es muß vielmehr auch nachgefragt werden, ob nicht Mängel in unserer Organisation mitbestimmend waren. Bei der letzten Gemeindevahl hatten alle deutschen Parteien 21 Mandate, diesmal nur noch 14.

Amerika emittiert eine 600 Millionen-Dollaranleihe.

Washington, 31. Mai. (Reuter.) Schatzamtsekretär Mellon gab bekannt, daß am 15. Juni 312½ige Bons im Gesamtbetrag von 600 Millionen Dollar zum Kauf aufgelegt werden sollen. Im Jahre 1946 werden sie fällig und vom 15. Juni 1946 ab eingelöst werden.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie. Gewaltige Kundgebung der Leipziger Arbeiterschaft. — Kapitalistische Wirtschaftsankarchie und Sozialismus.

Leipzig, 1. Juni. (Eigenbericht.) Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie hat am Sonntag unter ungestörter Beteiligung der Bevölkerung seinen Anfang genommen. Schon am Sonnabend Nachmittag waren viele tausende Jugendgenossen zusammengelassen, um in einer großen Kundgebung ihre Verbundenheit mit dem Sozialismus zu bezeugen. Für die Jugendinternationale überbrachte Felix Kanig aus Wien die Grüße des sozialistischen Jugendproletariats der anderen Länder.

Am Sonntag strömten von den frühesten Morgenstunden an aus der näheren und weiteren Umgebung Leipzigs ununterbrochen die Teilnehmer an der großen Demonstration herbei, die den Vorabend der deutschen Sozialdemokratie einleitete. Der Rat von Leipzig hatte den in der Stadtmitte gelegenen Augustplatz nicht freigeeben, so daß die Kundgebung auf das Gelände des Rasenplatzes im Westen der Stadt verlegt werden mußte. Das hat aber nur dazu beigetragen, die Beteiligung noch zu vergrößern. Von Mittag ab kamen in fast unübersehbarer Zügen die Mitglieder der Parteiorganisation, die Gewerkschaftsorganisationen, das Reichsbanner, die sozialistische Arbeiterjugend und die Kinderfreunde heran. Um 3 Uhr war der Platz von einer Menschenmenge überfüllt, die von einem Wald von roten Fahnen fast verdeckt wurde. Banderwelle-Begeisterung brachte die Grüße der Arbeiterinternationale, Grambach-Poris die der französischen Sozialisten und Kuserli-Bien die der österreichischen Parteigenossen. Gegen 4 Uhr bewegte sich der Zug der Demonstranten durch die Stadt nach dem Volkshaus, dem Tagungsort des Parteitages. Trotzdem die Massen in Reihenreihen marschierten, dauerte es doch bis in die Abendstunden, bis die letzten Züge vorübergezogen waren. Dieser Aufmarsch und der Umzug in Leipzig waren ein gewaltiges Erlebnis, das allen Teilnehmern unvergesslich bleiben dürfte.

Nach 6 Uhr abends begann am Sonntag die Konstituierung des Parteitages. Für das Lokal Komitee überdrachte Genosse Lipinski die Grüße des Parteibezirkes Leipzig. Er schilderte eindringlich die Kämpfe, die die tschechische Arbeiterklasse Jahrzehnte lang geführt und die sie bis zu der heutigen gewaltigen Stärke gebracht haben. Otto Wels, der Führer der Gesamtpartei, gedachte zuerst des Todes von Hermann Müller. Dann zeichnete er in großen Zügen ein Bild der heutigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse, von denen die Taktik der Sozialdemokratie bestimmt wird.

Unter stürmischem Beifall erklärte er, daß die deutsche Arbeiterklasse den Kampf gegen den Faschismus mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln führen werde, ganz gleich, ob der Faschismus auf legalem oder illegalem Wege zur Macht zu kommen suchen wolle. Die deutsche Sozialdemokratie und die arbeitenden Massen in Deutschland sind bereit, bis zum letzten Hauch ihrer Kraft die demokratischen Freiheiten und die sozialen Rechte zu verteidigen und darüber hinaus den Sieg des Sozialismus herbeizuführen.

Zu Vorsitzenden des Parteitages wurden dann die Genossen Wels und Lipinski gewählt, dazu zum Ehrenvorsitzenden der 85jährige Wilhelm Böck, der schon am Einigungs-Kongress in Gotha vor mehr als 50 Jahren präsidiert hatte.

Der heutige erste Verhandlungstag brachte ein großes Referat von Tarnow über die kapitalistische Wirtschaftsankarchie. Tarnow ist einer der führenden Männer der deutschen Gewerkschaftsbewegung, dem der Ruf großer praktischer Erfahrung und gründlicher theoretischer Kenntnisse vorangeht.

Den Hauptteil seines Referates bildete eine gute, oft durch satirische Vergleiche sehr drastisch gemachte Abrechnung mit den Verherrlichern des Kapitalismus, denen er die Widersprüche des kapitalistischen Systems und die Fehler der kapitalistischen Politik vorhielt. Wertvoll war sein Hinweis darauf, daß die kapitalistische Wirtschaft in immer größerer Abhängigkeit von Lohnarbeitern gerät. Die Kaufkraft des Proletariats wird zum ent-

scheidenden Faktor der Wirtschaft, obwohl der einzelne Unternehmer den Lohn dauernd herabzudrücken versucht, ist das Interesse der Gesamtheit der Wirtschaft mit der Steigerung der Kaufkraft untrennbar verbunden. Die gegenwärtige Krise ist außerordentlich schwer, viel schwerer als je eine der vorangegangenen Krisen, aber die Arbeiterklasse kann sich nicht mit der Rolle des Arztes begnügen, der die Krankheit feststellt, sie muß auch die Lösungen vorbereiten, die zur Restrukturierung der wirtschaftlichen Verhältnisse führen. Die Arbeiterschaft will den Sturz des kapitalistischen Systems, aber nicht den plötzlichen Zusammenbruch der Wirtschaft, weil darunter die arbeitenden Massen am schwersten zu leiden haben würden. Unser Kampf besteht aus einem System von Einzelmaßnahmen, die aber getragen sein müssen von einer Generalidee und diese Generalidee heißt Sozialismus. Allen Zweiflern zum Trost sage er, daß die Wandlung des Kapitalismus Schritt für Schritt und in einem immer schnelleren Tempo dem Sozialismus näher rückt.

Mit gespannter Aufmerksamkeit lauschte der Parteitag den zweiwöchigen, auch rednerisch glänzend vorgetragenen Darlegungen Tarnows. Rühmend gelobte Handclashes am Schluß war der Dank der Delegierten.

Es folgte eine mehrstündige Aussprache, die sich bis zum Abend ausdehnte und auf einer sehr erfreulichen Höhe stand. Wenn auch in einzelnen Punkten verschiedenartige Meinungen vorgetragen wurden,

so einigte man sich doch auf die Feststellung, daß man in der deutschen Partei nicht von einer Linken reden könne, sondern höchstens von einer anderen Schattierung.

Mehrere Genossen griffen einige theoretische Formulierungen Tarnows an, mußten aber doch feststellen, daß dessen Darlegungen außerordentlich wertvoll waren und im allgemeinen die ökonomischen Verhältnisse richtig dargestellt wurden. Nur in einigen Schlussfolgerungen wollen sie weiter geben, ihnen ist die Aktivität der Partei noch nicht stark genug, mit Anstand verlangen sie nach einer schnelleren Lösung der Probleme.

Einige andere Genossen antworteten ihnen mit dem Hinweis darauf, daß die wichtigste Aufgabe der Sozialdemokratie die sei, bei allen ihren Aktionen an das Wohl der Arbeitermillionen zu denken und alles zu verhindern, was ihre Rot, was ihr Geld noch vergrößert, was aus der wirtschaftlichen Krise eine wirtschaftliche Katastrophe machen könnte. So konnte Tarnow in einem Schlusssatz zuerst feststellen, daß in den wichtigsten Punkten zwischen ihm und seinen Kritikern volle Uebereinstimmung herrsche; soweit noch Gegenstände bestehen, ergeben sie sich entweder aus Mißverständnissen oder aus Unklarheiten in den Aufstellungen der Kritiker.

Der Parteitag stimmte Tarnow zu, indem er fast einstimmig und unter stürmischem Beifall die von ihm vorgelegte Entschließung annahm. Darauf wurden die Verhandlungen auf Dienstag früh vertagt. Breitscheid beginnt dann seinen Vortrag über den Faschismus.

Heute abend werden in einer Gesamtsitzung die Delegierten der Bruderparteien des Auslandes den Parteitag begrüßen. Aus der Tschechoslowakei sind die Genossen Dr. Heller von der deutschen Sozialdemokratie und die Genossen Dr. Soukup und Stivin von der tschechischen Sozialdemokratie zugegen.

Kapitalistische Wirtschaftsordnung.

New York, 1. Juni. (Reuter.) „New York Times“ schreiben: In Santos (Brasilien) wurden im abgelassenen Monat 3000 Sack Kaffee durch Feuer vernichtet, um die Kaffeepreise zu halten. Der hierbei entstehende wirtschaftliche Schaden rief bei der Bevölkerung zahlreichste Proteste hervor. Der Ausschuh zum Schutze der Kaffeezüchter-Interessen will deshalb den weiteren Kaffee-Vorratsüberschuß (rund 40.000 Sack) durch Versenkung ins Meer vernichten.

Das Versteckspiel um Briand.

Paris, Ende Mai 1931.

Wer mag noch verlangen, daß der christliche Durchschnittsbürger, der mit seiner von der üblichen Diplomatie noch unangekränkelten Vernunft das Spiel der Politik zu ergründen versucht, sich in den Vorgängen zurechtfindet, die sich nicht nur in den letzten Wochen erst um die Politik und Person Briands abspielten und die am verfluchten Donnerstag der Kammer wohl die Höchststeigerung politischer Zweideutigkeit und Unechtheit erlebten.

Aristide Briand, der bis vor einigen Wochen, bis er seine Kandidatur für die Präsidentschaft der Republik aufstellte, so etwas wie ein auf Lebenszeiten ernannter Außenminister Frankreichs zu sein schien, führt fast ununterbrochen seit sechs Jahren im Canal d'Oran eine Politik durch, mit deren Leitgedanken und Grundideen wir Sozialisten uns zwar von jeher und erneut immer wieder einverstanden erklären, deren Zaubern und Jögern, deren periodische Zurückhaltung und Abdämpfung wir aber auch nie zu kritisieren verfehlten hatten. Je deutlicher die allgemeine Orientierung dieser auf die Organisation des Friedens durch Sicherheitsverträge, Schiedsgerichtsmethoden, Solidaritätsgefühlsteigerung und Abrüstungsstrebungen hinführenden Außenpolitik Briands sich aber abzeichnete, umso heftiger wurde der Feldzug jener, die mit dem Ende der Ära der Macht und Prestige der Aussenministererfüllte Europameistertraume versüßten und der andern, die sich die Dividenden einer bisher florierenden Rüstungs- und Kriegslieferungsindustrie, die heute einen nie geahnten Ausmaß erreicht hat, gestrichelt sahen.

Zeit Jahren versuchte die chauvinistische Reaktion, welche diese außenpolitischen Methoden des permanenten Tagens am internationalen Verhandlungstisch, das eine stete Konzeptionsbereitschaft auf allen Seiten nötig macht und damit veraltete Souveränität und Preissteigerungen mehr und mehr zurückdrängt, haßte und hassten mußte, Briand, der die Verfeinerung dieser neuen Verhandlungsmethoden und Vertragspolitik geworden war, auszuscheiden. Er bildete den Fremdkörper in allen Regierungen, die sie seit 1926 mit nur wochenlangen kurzen Unterbrechungen stets in der Hand hatte. Der Führer des nationalsozialistischen Konservatismus Marin, der „wilde“ Clemencef und Kulissenintrigant Mandel und der einstige Radikalsozialist und jetzige Radikalhauptmann Franklin Bouillon bildeten periodisch die Sturmbock gegen Briands Politik.

Die außenpolitischen Debatten, die mehr und mehr zu Nebenrollen zwischen Franklin Bouillon und Briand wurden, häuften sich in den letzten Monaten. Nach jeder Debatte, in deren Verlauf sich die Auffassungen über die Methoden der Außenpolitik, wie sie der überwiegende Teil der Regierungsmehrheit besitzt und jene, wie sie die Einflußfraktionen der Kammer aufweisen, einander diametral gegenüberstanden, kam es zu Abstimmungen. Bei jeder Abstimmung aber erlebte man das gleiche Schauspiel: die Einflußfraktionen erklärten sich mit der Außenpolitik Briands einverstanden, lehnten es aber ab, der gesamten Regierung das Vertrauen auszusprechen, was meistens dazu führte, daß die radikalen Abgeordneten zum Schluß der außenpolitischen Debatten ein mit solchen Reserven versehenes Vertrauensvotum bewilligten, während die sozialistische Fraktion sich in den meisten Fällen der Abstimmung enthielt; die Rechtsfraktionen aber ließen durch ihre Redner erklären, daß sie zwar die Politik Briands nicht gutbeizien, der Regierung aber, die sich in den Händen der Ihren befindet, das Vertrauen „ungehennt“ bewilligen. So dauerte während Jahren diese innerlich widersprüchliche Lage, diese zweideutige Politik, diese verheuchelte Haltung der Regierungsmehrheit bei allen Abstimmungen über die Außenpolitik.

Arbeitereltern!



Veranstaltet am Fronleichnamstag Kinderwanderungen!

Als Arbeiter in Rußland.

Verklärter Lohnbau.

Aus dem Brief eines deutschen Arbeiters in Sowjetrußland an seine Eltern enthält der 'Vorwärts' Berlin folgende interessante Ausführungen:

Der Gehaltsabrechnungszettel für den Monat März liegt auf dem Tisch. Der Blick auf die Endsumme bringt eine unangenehme Überraschung. Die Summe ist fast um 50 Rubel geringer. Es gelingt mir nicht, trotzdem ich die russische Sprache ganz gut beherrsche, festzustellen, wofür der Abzug gemacht wurde. Der Dolmetscher klärt mich dann auf, daß man mir 50 Rubel als besondere Steuer abgezogen hat, die Kulturfürer genannt wird und die auch jeder Russe zu zahlen hätte.

Ich schlug mit der Faust auf den Tisch; der russische Kollege steckte seine Faust in die Tasche. Es soll im Zeitraum von vier Monaten die Kulturfürer abgezogen werden. Insgesamt sollen 40 Prozent von den Jahreseinkommensteuern als Kulturfürer bezahlt werden. Also

der Oberste Volkswirtschaftsrat diktiert eine neue Sondersteuer,

von der wir ausländischen Spezialisten erst etwas erfahren, wenn uns das Geld abgezogen wird.

Jetzt taucht die Frage auf, ob der Oberste Volkswirtschaftsrat in diese Steuer den ausländischen Spezialisten eingeschlossen hat, der auf Einladung hierhergekommen ist, um am fünfjährigen Plan zu helfen, und dann, nach Vollenbung, als lästiger Ausländer das Land verlassen muß und von der Kultur, die kommen soll — zur Zeit vermischen wir sie noch auf Schritt und Tritt — nichts haben. Meinem politischen Chef lege ich die Frage vor und er sagt, ich hätte diese Steuer nicht zu zahlen. Aber was hat er zu sagen, und außerdem ist das ein Mensch, der keine eigene Meinung hat, denn wenn man ihm sagt, das Weize ist schwarz und umgekehrt, dann glaubt er es. Was kann man auch von diesem armen Menschen verlangen, der bis zu seinem 16. Lebensjahr ohne jede Schulbildung war. Jetzt ist er bei jeder Gelegenheit verwirrt. Er ist eben von anderen Leuten auf diesen Posten gestellt worden und hat schließlich auch

nur darauf zu achten, daß die Angestellten keine politischen oder wirtschaftlichen Reden führen.

Außerdem hat er nur noch die fertiggestellten Zeichnungen zu unterschreiben, tollt diese in seiner Bedrücktheit aber nur soweit auseinander, wie es zur Unterschriftsleistung nötig ist.

Schon kommen die deutschen Kollegen aus anderen Büros zu mir und schimpfen und wettern gegen die hohe Besteuerung. Einem Kollegen, der in diesem Monat mit einer besonderen Anordnung fertig war, sind ru und 100 Rubel abgezogen worden. Es darf hierbei nicht vernachlässigt werden, darauf hinzuweisen, was 100 Rubel sind. 1 Rubel sind nach amtlichem Kurs 2.16 Mark. Nun können wir zwar für 1 Rubel nicht dasselbe kaufen wie für 2.16 Mark. Zum Beispiel kostet

eine Apfelsine 2.50 bis 3 Rubel, ein Weißkohlkopf 1.50 Rubel.

wenn auch einige Produkte wie Fleisch, Eier, Butter, aber nur für ausländische Spezialisten und einige Parzelle, ungefähr dem Wert 1 Rubel gleich 1 Mark angepaßt sind. Für eine Zweizimmerwohnung bezahlen wir inf. Gas, elektrisches Licht, Wasser, Heizung rund 80 Rubel, also den Rubel zu 2.16 Mark gerechnet, 172.80 Mark monatlich. Im Gegensatz hierzu wird uns aber das Gehalt, wenn man die Steuern abgezogen hat, mit 1 Rubel ausgezahlt, und zwar 2.16 Mark gleich 1 Rubel. Im Vertrag festgelegte Anteile werden in der Heimat in Valuta ausgezahlt und zwar je nach Anordnung 20, 30 auch bis 50 Prozent. Es ist immer wieder dasselbe: 2.16 Mark und wohl gleich 1 Rubel, aber niemals 1 Rubel gleich 2.16 Mark. Wir gehen zur Direktion und protestieren. Alles vergeblich. Was ist zu tun?

Sireil? — So etwas gibt es aber nicht in Rußland,

und auch der Spezialist dürfte dieses nicht wagen.

Wir lassen einen Protest los an den Obersten Volkswirtschaftsrat; wird er Erfolg haben? Ich glaube nicht. Wir sind eben verurteilt, uns zu fügen. Wenn das in einem anderen Staat wäre, gäbe es einen Skandal, der zum Himmel stiege. Das Original ist an der ganzen Sache ist noch, daß der amerikanische Ingenieurkollege, der mehr als das Doppelte verdient hat als wir (nicht etwa wegen der Leistung) keine Einkommensteuer zahlt, also damit auch von der Kulturfürer verschont wird. Dieses ist wieder der Beweis von vielen, daß man in diesem 'sozialistischen' Staat den Kleinen bis zur Unendlichkeit drückt.

Der Papst klagt an.

Rom, 1. Juni. Der Papst hat gestern in feierlicher Form im Rahmen des Prozesses für die Zellgespräch des italienischen Glaubenshelden Glicerio Landriani gegen die Zwischenfälle Klage erhoben, die in der letzten Zeit gegen Mitglieder und Einrichtungen der katholischen Aktion in Italien erfolgt sind.

Seit einiger Zeit und gerade in den letzten Tagen, so führt der Papst u. a. aus, erleben wir zu unserem Leidwesen das erste sichtbare Heranreifen der Früchte einer Erziehung, die das Gegenteil der christlichen und auch der staatsbürgerlichen Erziehung ist, und die Jugend systematisch zum Haß und zu Gewalttaten verführt. Nicht einen Tag haben wir gegögert mit der Anerkennung der unschätzbaren Wohlthat der Wiedereinführung des Religionsunterrichts in den Schulen.

alljubiläum hat man aber begonnen, mit der Linken das zu zerstören, was man mit der Rechten aufbauen wollte.

Die traurigen Ereignisse, deren Zeuge in den letzten Tagen Rom und ganz Italien gewesen ist, haben erkennen lassen, wie weit bereits das Werk zur Zerstörung gediehen ist. Nach Erwähnung seines Schmerzes über die Ereignisse, die die katholische Aktion und die ihr besonders nahestehende Jugend und Universitätsverbände betroffen haben, fuhr der Papst u. a. fort: Da wir das Recht und die Pflicht haben, uns auf ein Konkordat zu berufen, hat die ganze Welt und besonders die katholische Welt das Recht, zu erfahren, daß wir nicht verfehlt haben Berufung einzulegen. Die entsprechenden Schritte sind im Gange.

Es sei ein wahrer Sturm von Rechtswidrigkeiten über die katholische Aktion hereinbrochen, und zwar, wie man angegeben habe, „auf Anordnung der Regierungsstellen“, während noch am Abend zuvor dem päpstlichen Kurier erklärt worden sei, man habe keine Mitteilungen zu machen. Er hätte geglaubt und glaube noch, Besseres zu ver-

dienen. Die ganze Welt wisse heute, wie er behandelt worden sei, und zwar gerade bezüglich dessen, was ihm so sehr am Herzen liege, und obwohl er die Gewähr für das religiöse und nichtpolitische Wesen und Arbeiten der katholischen Aktion gegeben habe.

Rom, 1. Juni. (Sefiani.) Nach telegraphischen Meldungen der Präfecten an das Innenministerium wurde die Weisung, alle Jugendvereinigungen, die nicht direkt mit der Postexpedition oder mit der Nationalen Organisation Ballila zusammenhängen, aufzulösen, überall ohne den geringsten Zwischenfall durchgeführt.

Ein Kardinalkollegium.

Rom, 1. Juni. Wie der 'Osservatore Romano' mitteilt, fand heute vormittags in der Privatbibliothek des Papstes eine Zusammenkunft sämtlicher in Rom anwesenden Kardinele statt. Der Papst hat bei dieser Gelegenheit das Kardinalkollegium über die Vorgänge der letzten Tage und über ihre Beziehungen zu den Lateranverträgen unterrichtet. Ferner teilte 'Osservatore Romano' mit, daß angesichts der gegenwärtigen Umstände von den kirchlichen Oberbehörden alle Prozessionen außerhalb der Kirchen verboten worden sind.

Einstellung der Pressefehde?

Die Probleme um die katholische Aktion sind mit dem heutigen Tage in eine neue Phase eingetreten und vorerst eingestellt worden. 'Lavoro Fascista' kündigt am Kopf des 'Maties in Zeitdruck' an, daß es die im Gange befindlichen Arbeiten der verantwortlichen Stellen nicht hören wolle. Auch 'Osservatore Romano' verzichtet bei der neuen Wendung der Dinge auf die Fortsetzung der Veröffentlichung der Beschwerdebriefe.

7¼ Stundentag im Bergbau.

Ein Beschluß der Kohlenkommission.

Genf, 1. Juni. Die Kohlenkommission der internationalen Arbeitskonferenz hat heute nachmittags beschloffen, gemäß den Vorschlägen des internationalen Arbeitsamtes in den Entwurf des Abkommens über die Festsetzung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau eine Arbeitszeit von 7¼ Stunden für den Bergbau untertags aufzunehmen. Die von der Arbeitergruppe beantragte siebenstündige Arbeitszeit wurde abgelehnt, ebenso der Antrag der Arbeitgebergruppe auf eine achtstündige Arbeitszeit. Der englische Regierungvertreter hat sich bei dem Antrag der Arbeitergruppe der Stimme enthalten. Abgelehnt wurde auch ein Antrag der Arbeitnehmergruppe auf Festsetzung einer Arbeitszeit von 7½ Stunden. Der Vorschlag des internationalen Arbeitsamtes auf 7¼ Stunden wurde mit den Stimmen der Regierungen und der Arbeitnehmer gegen die Stimmen der Arbeitgebergruppe angenommen.

Sozialdemokratischer Wahlerfolg in Klagenfurt.

Klagenfurt, 1. Juni. Gestern fanden hier neue Gemeindevahlen statt, da die im Febr. d. J. gewählte Gemeindevorstellung wegen der schwierigen Verhältnisse um die Majoritätsbildung aufgelöst war. Charakteristisch für die Wahlen ist die Tatsache, daß die Großdeutschen, welche gemeinsam mit dem wirtschaftlichen Städtebund kandidierten, fast ein Drittel ihrer Stimmen und ein Mandat verlieren, die auf die Hitler-Anhänger und Sozialdemokraten übergeben. Wahlergebnis: Die Sozialdemokraten gewinnen 486 Stimmen und 12 Mandate (im Febr. d. J. verfügten sie über 416 Stimmen und 11 Mandate), Hitler-Anhänger 370 Stimmen, 9 Mandate (3009, 8), Christlichsoziale 3492 Stimmen und 9 Mandate (3563, 9), Großdeutsche und wirtschaftlicher Städtebund 1985 Stimmen, 5 Mandate (1151, 6). Die Kommunisten vermochten ihren letzten Stand zu behaupten.

Stahlhelmrummel in Breslau.

Breslau, 31. Mai. An dem Aumarich und Appell zum Reichsfronsoldatentag nahmen etwa 150.000 Stahlhelmbesitzer teil. Unter den Ehrengästen bemerkte man u. a. das ehemalige Kronprinzenpaar, den ehemaligen Chef der Preisleitung Generaloberst von Seckl und Generalfeldmarschall von Madsen. Der Beginn der Veranstaltung wurde durch Sa-

lutschüsse angekündigt. Es folgte zunächst eine Heldenehrung. Hieran schloß sich die Weihe von 25 neuen Fahnen durch den zweiten Bundesführer Düsterberg und eine Rede des ersten Bundesführers Selte der u. a. erklärte, daß der Stahlhelm nie die Grenzgebung von Verfalltes anerkennen würde. In Zwischenfällen ist es bei der Kundgebung nicht gekommen.

Vor Frontrachen auf dem March...

Berlin, 1. Juni. Im Rahmen des Breslauer Frontrachentages veranstaltete die Braudenburgische Gruppe des Stahlhelms eine Kundgebung für den ehemaligen deutschen Kronprinzen auf dem Schlosse bei Breslau. 10.000 Stahlhelmmglieder begaben sich in geschlossenem Zuge auf den Schlosshof, wo der Prinz in der Uniform eines Generals der alten Armee ihre Parade abnahm und die Einwilligung gab, daß die Jugendorganisation des Stahlhelms in Braudenburg den Namen 'Gefolgschaft des Kronprinzen von Preußen' trage. Auch dem sächsischen König Friedrich August beachten die sächsischen Stahlhelmlente eine Kundgebung dar. 5500 Manifestanten fanden sich in geschlossenen Formationen auf dem Hof des Schlosses Sibyllentort bei Breslau, wo der König seinen Sitz hat, ein. Der Erlkönig nahm dann die ihm angebotene Ehrenmitgliedschaft des Stahlhelms an und nahm die Parade der Manifestanten ab.

Tagung der tschechischen Kleinbauern.

Samstag und Sonntag fand in Prag der ordentliche Kongress des Zentralverbandes der Kleinbauern und Gäusler statt, der vom Vorsitzenden Genossen Anton Cerny eröffnet wurde. Der Kongress wurde von zahlreichen Vertretern tschechischer proletarischer Organisationen und außerdem von Genossen Leibl, der als Vertreter des deutschen Kleinbauernverbandes anwesend war, herzlich begrüßt. Genosse Leibl hob insbesondere die Notwendigkeit der Demokratisierung der Landeskulturräte hervor. Den Bericht über den Stand der Bewegung erstattete der Sekretär Genosse Pitera der u. a. ausführte, daß der Verband 450 Ortsgruppen habe, von denen sich 156 im Prager Gau befinden. Den Bericht des Aufsichtsrates erstattete Genosse Westel, über die Aenderung der Statuten referierte Genosse Horosof. Sodann referierten die Genossen Abgeordneten Bihovec und Koudelka über die landwirtschaftliche Krise und über das Verhältnis der Sozialdemokratie zu den kleinen Landwirten. In der Debatte hielten zahlreiche Redner auf, welche zu den Fragen vom Stand-

punkt der Kleinbauern und Gäusler Stellung nahmen. Sonntag nachmittag wurde der Kongress geschlossen.

Rosuth abgelehnt.

Eine Kommission der Liga für Menschenrechte, bestehend aus: Dr. Jentzo Reichel, Advokaten aus Prag, Dr. Tito Schück aus Brünn und Dr. Daniel Skali, Advokaten aus Pilsen, reisten am 31. Mai d. J. nach Rosuth, um an Ort und Stelle über die Vorfälle vom Pfingstmontag objektive Informationen einzuholen. Sie wurde sofort nach der Ankunft von einer dreigliedrigen Gendarmepatrouille gestellt, legitiimierte sich, gab den Zweck der Reise an und wurde zu Stadtkapitän Soucek gebracht. Im Amtshaus legitiimierte sich die Herren neuerlich und klärten den verhörenden Kapitän über die Ziel der Liga auf. Ferner legten sie eine Vollmacht des Pilsener Advokaten Dr. Reichel vor, der den Abg. Major und die andern Verhafteten verteidigt. Stadtkapitän Soucek erklärte, daß er nach den ihm erteilten Befehlen niemanden in Rosuth dulden und auch kein Verhör zulassen werde. Dabei berief er sich auf einen Befehl des Bezirkshauptmanns Dr. Surman.

Die Kommission verlangte telephonisch von Dr. Surman eine Bestätigung und Begründung des Verbots, der auf eine Entscheidung des Untersuchungsrichters Dr. Fodor hinwies. Die Kommission protestierte auf das Schärffste gegen das Vorgehen der Behörden, da der Untersuchungsrichter zu so einer Verfügung nicht berechtigt ist. Dr. Surman erklärte, beim Staatsanwalt noch Weisung einholen zu wollen, worauf sich die Kommission nach Galanta begab, wo sie von Dr. Surman empfangen wurde.

Dr. Reichel erklärte hier nochmals die Ziel der Liga für Menschenrechte und verlangte die Erlaubnis zum Besuche des Ortes Rosuth. Der Bezirkshauptmann erklärte zwar ausdrücklich, daß über Rosuth der Ausnahmezustand nicht verhängt wurde, stützte aber das Verbot auf die Bestimmungen des Verwaltungsreformgesetzes Nr. 125 v. 1927. Die Kommission erhob gegen das neuerliche Verbot Protest, verwies auf die Gefährdung des Vorgehens und verlangte eine schriftliche Begründung der Entscheidung. Dieses Verlangen wurde abgewiesen mit der lateinischen Befehlung, daß zur Entscheidung über eine allfällige Beschwerde das Landesamt in Pilsen zuständig ist. Die Kommission hat endlich festgestellt, daß in Rosuth 40 Gendarmen konzentriert sind, die alle Zugänge zum Dorf bewachen und ständig auf den Gassen inspizieren. Der Ort ist vollkommen von der Welt abgeschnitten. Durch dieses Vorgehen wurde gegen den freien Wortlaut der Strafprozedur und der Befreiung eine objektive Untersuchung unterbunden; die Arbeiterchaft muß fragen: Was hat die Sicherheitsbehörde vor der Öffentlichkeit zu verbergen?

Wahlen in tschechischen Gemeinden.

Am Sonntag fanden auch in einer Reihe tschechischer Orte Gemeindevahlen statt, bei denen die tschechischen Genossen durchwegs ihre Positionen in den betreffenden Gemeindevahlen behaupten konnten. So steigerten sie ihre Mandatszahl in Deutschbrod von drei auf vier; die tschechischen Nationalsozialisten erhielten 7 Mandate (früher 5). Bemerkenwert ist hier der Aufstieg der Nationaldemokraten von sechs auf neun Mandate; sie haben seit den letzten Parlamentswahlen ihre Stimmengahl von 906 auf 1233 erhöht. — In Lipel (Bez. Trautenau) erhielten die tschechischen Genossen 3 Mandate (früher 1); die tschechischen Nationalsozialisten gingen von 13 auf 11 Mandate zurück, die Kommunisten von 7 auf 5, während ein weiteres Mandat die kommunistische Opposition erhielt. — In Wetzin steigerten die tschechischen Genossen ihre Mandatszahl von 4 auf 5; die Kommunisten gingen von 5 auf 3 Mandate zurück. Bemerkenwert ist hier der Rückgang der tschechischen Agrarier von 4 auf 2 Mandate. — In Reporize bei Prag erhielten die tschechischen Genossen 4 Mandate (bisher 3); die Kommunisten behaupteten hier ihre 10 Mandate, die Nationalsozialisten erhielten 3 Mandate (früher 2).

Die rumänischen Wahlen.

Bukarest, 1. Juni. (C.N.) Die Parlamentswahlen hatten einen ganz ruhigen Verlauf und wird von keiner Seite ein bedeutender Zwischenfall gemeldet. Die Wahlbeteiligung war groß. Es herrscht die Ansicht vor, daß die Regierung eine starke Mehrheit erhielt. Der provisorische Innenminister hat dem König über die Lage berichtet. Die ersten Ergebnisse werden am Mittwoch bekannt werden.

